

## **L1 Eine Welt in Unordnung - außenpolitische Eckpfeiler in einer Welt voller Kriege**

Gremium: Bundesvorstand  
Beschlussdatum: 20.06.2024  
Tagesordnungspunkt: L Aktuelle politische Lage

### **Antragstext**

#### **1 Eine Welt in Unordnung**

2 Ob der furchtbare russische Angriffskrieg in der Ukraine, das Massaker vom 7.  
3 Oktober in Israel und der Krieg im Gazastreifen, der Bürgerkrieg im Sudan oder  
4 das Säbelrasseln Chinas gegenüber Taiwan: Noch nie war für unsere Generation  
5 Krieg so allgegenwärtig wie derzeit. Doch die Kriege sind nicht nur näher und  
6 greifbarer geworden, sie nehmen auch quantitativ zu, dauern länger und sind  
7 komplizierter zu beenden. Die Zahl der Toten durch bewaffnete Konflikte ist so  
8 hoch wie seit 30 Jahren nicht mehr, weltweit steigen die Militärausgaben und  
9 neue geopolitische und regionale Blockkonfrontationen werden immer bedrohlicher.  
10 Die Angst vor dem Krieg ist omnipräsent, in allen Umfragen rangiert sie oben bei  
11 den größten Sorgen der Menschen in Deutschland.

12 Diese Situation fordert uns als Linke - die sich jahrelang vor allem  
13 innenpolitischen Themen zugewendet haben - heraus, Antworten zu geben, die einen  
14 Ausweg aufzeigen. Die Versuchung, aufgrund der komplexen Lage vermeintlich  
15 einfache Lösungen heranzuziehen, ist groß. Doch weder bedingungsloser  
16 Pazifismus, der vielen Antworten auf konkrete Konfliktslagen schuldig bleibt,  
17 noch die liberale Erzählung einer Notwendigkeit zur Aufrüstung zum Schutze der  
18 "regelbasierten Ordnung" kann eine wirklich linke Antwort sein. Nur, wenn wir  
19 verstehen, warum gewaltsame Konflikte entstehen und uns anschauen, welche  
20 Entwicklungen die Eskalation von Konflikten in Zukunft wahrscheinlicher machen  
21 könnten, können wir echte langfristige Strategien für Frieden entwickeln.

#### **22 Panzer für das nationale Interesse? Die Militarisierung zur Sicherung 23 national(istisch)er und kapitalistischer Interessen**

24 Im globalen Wettbewerb um kritische Rohstoffe, geopolitische Vormachtstellungen  
25 und profitable Handelsrouten konkurrieren heute sowohl die alten Mächte wie die  
26 USA, EU-Staaten und Russland als auch zunehmend Staaten wie China, Iran oder  
27 Saudi-Arabien. Dabei stürzen sich Regierungen nicht nur zunehmend in

28 Handelskriege und Subventionswettläufe für die eigene nationale Wirtschaft,  
29 sondern rüsten gleichzeitig massiv auf. Russland rüstet sich für jahrzehntelange  
30 Kriegswirtschaft. Die USA als Land mit dem größten Verteidigungshaushalt  
31 weltweit gaben allein 2023 916 Milliarden US Dollar für ihr Militär aus. Chinas  
32 Militärausgaben stiegen rasant an und lagen im Jahr 2023 bei 296 Milliarden US-  
33 Dollar. Die Militärausgaben in Europa sind so hoch wie seit dem kalten Krieg  
34 nicht mehr.

35 Dieses Wettrüsten stellen immer mehr Politiker\*innen als unumgängliche  
36 Absicherung deutscher und europäischer Interessen dar. Doch die Erfahrung zeigt:  
37 Nicht selten spielen auch auf westlicher Seite bei Aufrüstung und militärischen  
38 Interventionen imperiale Interessen eine relevante Rolle: Ob vergangene  
39 Interventionen der USA zur Sicherung von Ölressourcen in den Golfstaaten oder  
40 Frankreichs militärische Absicherung von Ressourcen in ehemaligen  
41 westafrikanischen Kolonien: Einflussreiche Staaten sichern ihre nationalen  
42 wirtschaftlichen und geopolitischen Interessen zunehmend militärisch ab und  
43 spielen dabei mit der Angst und dem Leid von Millionen von Menschen.  
44 Gleichzeitig gerät Friedenssicherung durch Diplomatie und Kooperation weiter aus  
45 dem Blickfeld.

46 Kurzum: Krieg und Militarisierung gehören im Wettbewerb um Ressourcen und  
47 Einfluss zum globalen kapitalistischen Alltag. Imperiale Bestrebungen wie  
48 aktuell seitens Russlands setzen das Leben von Millionen Menschen aufs Spiel und  
49 werden als patriotisches oder notwendiges Übel dargestellt. Kriege und  
50 militärische Auseinandersetzungen bedeuten für die Mehrheit der Menschen meist  
51 vor allem eins: Leiden für nationalistische und oftmals wirtschaftliche  
52 Interessen von Minderheiten.

## 53 **Deutschland im Aufrüstungsieber**

54 Getrieben durch den russischen Angriffskrieg und Szenarien, in denen eine  
55 Ausdehnung des Krieges auf weitere Teile Osteuropas, inklusive NATO-Territorien,  
56 befürchtet wird, ist Deutschland im Aufrüstungsieber: Deutschland - so  
57 Verteidigungsminister Pistorius wörtlich - müsse wieder kriegstüchtig werden.  
58 Die Folge: 100-Mrd-Sondervermögen, Debatten über Sozialstaatsabbau zugunsten  
59 weiterer Aufrüstung, Diskussionen über die Wiedereinführung der Wehrpflicht,  
60 Forderungen nach Kriegsübungen an Schulen. Zeitgleich werden Gelder für  
61 Diplomatie, humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit gestrichen oder  
62 stehen auf der Kippe. Währenddessen kämpft die demokratische Zivilgesellschaft  
63 inklusive der Träger von Jugendarbeit und Freiwilligendiensten mit den Folgen  
64 der Inflation: Die Entwicklung der öffentlichen Fördergelder blieb zuletzt  
65 deutlich hinter der Inflation zurück und nun steht die Zivilgesellschaft vor dem  
66 ultimativen Sparhammer, der mit dem Haushalt 2025 droht. Während also viele  
67 Träger von Freiwilligendiensten gar nicht erst neue FSJ-Stellen ausschreiben,  
68 sollen 18-Jährige verpflichtend gemustert werden und mit Anreizen zur Bundeswehr  
69

70 gelockt werden, von denen FSJ-ler\*innen in Krankenhäuser und Kitas nur träumen  
71 können.

71 Wir halten diese Verschiebung von Prioritäten weg von Diplomatie, Kooperation  
72 und Entwicklungszusammenarbeit hin zu Aufrüstung sowie die Militarisierung der  
73 Gesellschaft bei gleichzeitigem Abbau von Zivilgesellschaft für gefährlich,  
74 autoritär und nicht hinnehmbar.

75 Wir wollen in einer Welt leben, die auf internationalem Ausgleich von  
76 Interessen, auf Kooperation statt Konkurrenz, auf Gemeinwohl ausgerichteten  
77 Wirtschaften innerhalb der planetaren Grenzen, auf Gleichheit und Verständigung  
78 beruht. Kurz: Eine Welt, in der es keinen Grund mehr gibt, Krieg zu führen und  
79 in der Konflikte, so sie unvermeidbar sind, durch demokratische Aushandlung  
80 unter Wahrung von Minderheitenrechten gelöst werden - und nicht Krieg. Wir sind  
81 überzeugt, dass dieser Weg langfristig auf Abrüstung angewiesen ist.

82 Wir sind gleichwohl nicht so naiv zu denken, dass in Anbetracht der Bedrohung  
83 durch ein von imperialen Interessen getriebenes Russland, eine einseitige  
84 Abrüstung bzw. der sofortige Verzicht auf jegliche Form von Verteidigung auf  
85 europäischer Seite so einfach möglich ist.

86 Wir erwarten, in Anbetracht dieser ambivalenten Lage, dass Diskussionen über  
87 Waffenlieferungen und Aufrüstung mit größter Vorsicht geführt werden.  
88 Reflexhaftes und moralisierendes In-die-Ecke Drängen derjenigen, die auf  
89 Diplomatie und militärische Zurückhaltung setzen und vor einer Militarisierung  
90 der Gesellschaft warnen, halten wir für deplatziert. Denn wer gar nicht mehr  
91 nach Frieden sucht, wird ihn auch nicht herstellen können.

92 **Als Grüne Jugend können und werden wir keine detaillierten Friedenspläne für die**  
93 **Ukraine, den Nahen Osten und weitere Krisengebiete vorlegen. Das würde**  
94 **einerseits unseren Kompetenzbereich vollkommen übersteigen, andererseits unsere**  
95 **in außenpolitischen Fragen stark begrenzte Einflussmöglichkeiten leugnen.**  
96 **Stattdessen wollen wir einige Eckpfeiler festhalten, an denen sich unsere**  
97 **Position in einer zunehmend von Kriegen bestimmten Welt und eines von Aufrüstung**  
98 **dominierten deutschen Diskurses, orientieren soll:**

- 99 • Wir lehnen jegliche Form von Austerität zugunsten von Aufrüstung ab
  
- 100 • Wir setzen uns für eine Erhöhung der Gelder für Diplomatie,  
101 Entwicklungszusammenarbeit, humanitäre Hilfe und zivile Krisenprävention  
102 ein.

- 103 • Wir fordern die Einführung eines wirksamen Rüstungskontrollgesetzes, das  
104 Waffenexporte in nicht-demokratische Staaten wirksam unterbindet.
  
- 105 • Wir halten an von Deutschland ratifizierten internationalen  
106 Abrüstungsverträgen - insbesondere dem Atomwaffensperrvertrag - fest und  
107 fördern weitere Bemühungen für internationale Abrüstungsverträge.
  
- 108 • Wir setzen uns dafür ein, dass Kriegsdienstverweigerer aus egal welchem  
109 Land in Deutschland grundsätzlich Asyl erhalten.
  
- 110 • Mit Blick auf den Nahen Osten unterstützen wir alle Maßnahmen, die auf die  
111 Freilassung aller Geiseln und einen nachhaltigen Waffenstillstand  
112 hinwirken. Wir stehen solidarisch an der Seite der linken  
113 Zivilgesellschaft in Israel, die für einen Regierungswechsel, einen  
114 Geiseldeal und ein Ende des Krieges eintreten. Wir unterstützen weiterhin  
115 alle Bemühungen für eine 2-Staaten-Lösung. Von der Bundesregierung  
116 erwarten wir, dass sie alles in ihrer Macht stehende tut, um diesen Krieg  
117 zu beenden und für eine Befreiung der Geiseln zu sorgen. Die Lieferung von  
118 Waffen, die im Gazastreifen eingesetzt werden könnten, muss bis auf  
119 weiteres ausgesetzt bleiben. Gleichzeitig muss angesichts zunehmender  
120 Angriffe an verschiedenen Fronten Israels Selbstverteidigungsfähigkeit  
121 gesichert bleiben.
  
- 122 • Wir unterstützen Waffenlieferungen an die Ukraine, insofern ihr  
123 Eskalationsrisiko sorgfältig abgewogen und Verhandlungslösungen immer  
124 wieder ernsthaft ausgelotet werden. Außerdem setzen wir uns für eine  
125 Erhöhung der Mittel für die zivile Infrastruktur und den Wiederaufbau in  
126 der Ukraine ein.
  
- 127 • Wir lehnen jegliche Modelle eines "neuen Wehrdienstes" bzw. einer  
128 Wehrpflicht ab, die nicht auf Freiwilligkeit beruhen. Die Verpflichtung  
129 junger Menschen gegen ihren Willen lehnen wir ab.
  
- 130 • Wir fordern die Stärkung der demokratischen Zivilgesellschaft - dies  
131 betrifft die Förderung der Jugendarbeit genauso wie Ausbau und Stärkung  
132 der Freiwilligendienste.

- 133 • In dem Wissen, dass Ressourcenkonflikte kriegerische Auseinandersetzung in  
134 Zukunft auslösen und befeuern dürften, setzen wir uns mit Nachdruck für  
135 effektiven Klimaschutz und Maßnahmen zur Verringerung des Rohstoffbedarfs  
136 ein.
  
- 137 • Wir sprechen uns gegen jegliche Freihandelsabkommen aus, die  
138 Abhängigkeiten des globalen Südens ausnutzen und vertiefen – und somit  
139 Konfliktursachen verschärfen.
  
- 140 • Wir setzen uns für Technologietransfers in technologisch weniger  
141 fortgeschrittene Länder und wirtschaftliche Beziehungen auf Augenhöhe ein.
  
- 142 • Wir setzen uns für den Erlass von Schulden überschuldeter Staaten des  
143 globalen Südens ein.
  
- 144 • Als internationalistischer Verband solidarisieren wir uns mit allen  
145 Kräften weltweit, die für Frieden und Verständigung, Kooperation,  
146 Gleichheit und Menschenrechte eintreten.

## **Begründung**

erfolgt mündlich